

Reaktionen auf den Text „Rohstoffe für Radikale Reformen“

7.12.08

Werner Kallenberger, Zürich

Beat Ringger ist grundsätzlich beizupflichten, wenn er bzw. die WOZ-Redaktion, im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzmarktkrise einen *Systemumbau* postuliert. Dennoch sind m.E. dem Verfasser dieses bedenkenswerten Leitartikels folgende Denkfehler unterlaufen:

1. Das *Bankgeheimnis ist nicht abzuschaffen*, sondern die *Rechtshilfe für Steuerhinterziehung* ist wie bei Steuerbetrug in allen Fällen zu gewähren, d.h. wir müssen primär unsere Gesetze zur Rechtsverfolgung von Steuerdelikten internationalen Rechtsstandards anpassen. Das *Bankkundengeheimnis* schützt die Persönlichkeitsrechte korrekter handelnder Menschen und wird auch in allen Rechtsstaaten gewährt. Demgegenüber sollten alle Interessierten (wie früher) von allen Steuerpflichtigen auf Verlangen einen *Steuerregisterauszug* (zu einer bescheidenen Gebühr von z.B. 5 CHF) erhalten, um so Steuerbehörden auch auf offensichtliche Missstände aufmerksam machen zu können. Faktisch ist das geltende Schweizer und Liechtensteiner Bankgeheimnis in Steuerstrafrechtsfällen gegenüber den USA auch bereits aufgehoben. Die EU wird hier nachziehen und die Schweiz sich entgegen allen Beteuerungen mittelfristig fügen müssen.

2. Eine *Verstaatlichung der UBS* wäre *kein positiver Beitrag* zu einem Systemumbau. Damit würden wir vielmehr ein unabschätzbares Haftungs- und Geschäftsrisiko (in Billionenhöhe) und Arbeitsplatzrisiko durch den Bund übernehmen. Wenn *die Linke* in der Schweiz ein alternatives, kontrollierbares und finanzierbares Bankensystem aufbauen will und soll, dann wäre eine *Banklizenz* für eine *Postbank* wesentlich chancenreicher, günstiger und effizienter.

3. *Radwechsel am fahrenden Zug* sind *nicht möglich*. Auch wenn die internationalen Finanzmärkte z.Zt. etwas weniger hektisch laufen, braucht es zuerst eine *globale, alternative Finanzarchitektur*. Dazu müsste primär die Finanzspekulation mit *Derivaten* bzw. so genannten *Strukturierten Produkten* abgeschafft bzw. rigoros kontrolliert und besteuert werden. Dazu fehlen (bisher) der politische Wille bzw. die ökonomische Notwendigkeit. Eine *Reparaturwerkstatt für das Finanzkapital* benötigt auch viel Zeit und eine neue globale Währung. Allein die nach NZZ auf ca. 60'000 Milliarden \$ geschätzten ausstehenden *CDS (Credit Default Swaps = Finanzrisikoversicherungen)* der USA werden neben den hochriskanten Subprime – Hypotheken-Obligationen (*Collateralized Mortgage Obligations = CMO*) in Billionenhöhe zu einem *Finanz-Tsunami* führen, wenn die Chinesen und andere \$-Gläubiger nicht

mehr zu weiteren Krediten bzw. \$-Anleihezeichnungen bereit sind. Unsere zwei Grossbanken sind davon indirekt auch betroffen.

4. Die *40 Milliarden Boni* an UBS-Bankkader waren und sind privatrechtlich (ungerecht) zugeteilt worden. Der Staat hat darauf rechtlich aber keinen Anspruch. Er kann und soll nur politisch Druck auf Rückzahlungen der Leistungen der letzten 5 Jahre (Verjährungsfrist) anstreben. Wer an der letzten a.o. GV der UBS teilnahm, erhielt dazu nur unverbindliche Versprechen.

5. Global werden m.E. die entscheidenden *Weichen in der Finanzwelt* inskünftig in Asien und Europa und nicht in Südamerika gestellt werden. Die Schweiz könnte dabei über die Weltbank und die BIZ nur einen kleinen, aber effizienten Beitrag zu einer weniger ungerechteren Welt beitragen.

6. Wenn die Politik kurzfristig wieder den Vorrang vor der Wirtschaft erhalten will, muss sie das so genannte *Hilfspaket* an die UBS ablehnen und auch einen alternativen Bundesrat wählen.